

München, 12.09.2014

## Frauenhäuser in Bayern drastisch unterfinanziert

### SPD-Frauenpolitikerinnen: Staatliche Zuschüsse nur einmal in 20 Jahren erhöht

Die frauenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Simone Strohmayr** und **Ruth Müller** sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Finanzierung der Frauenhäuser in Bayern. Wie eine Anfrage der Abgeordneten an die Staatsregierung ergab, wurden die staatlichen Zuschüsse für Zufluchtsstellen für die von Gewalt betroffenen Frauen in 20 Jahren nur ein einziges Mal erhöht. Am 1. Januar 2009 gab es ein Plus von 13 Prozent. Insgesamt reichte der Freistaat im vergangenen Jahr 950.000 Euro an Zuschüssen für 38 Frauenhäuser aus. „Das ist für viele Einrichtungen lediglich der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber die Kommunen, die Opfern häuslicher Gewalt Schutz bieten, müssen sich ihrerseits auf eine ausreichende Finanzierung verlassen können“, erklärt Müller.

Wie notwendig ein Netz funktionierender Frauenhäuser in Bayern ist, zeigt die Zahl der festgestellten Fälle häuslicher Gewalt: Wie vor kurzem eine Landtagsanfrage ergab, wurden 2005 12.760 Fälle häuslicher Gewalt in Bayern gemeldet, 2013 waren es bereits 19.438. Müller: „Jede Frau kann Opfer häuslicher Gewalt werden und braucht deshalb die Sicherheit, in jeder Region Bayerns für sich und ihre Kinder Schutz vor Gewalt zu erhalten.“

Die Abgeordnete bedauert, dass die Staatsregierung bei der Bereitstellung von Unterstützungsangeboten für von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen hauptsächlich auf die Kommunen verweist. Müller plädiert für bayernweit vergleichbare Standards, die nur mit staatlicher Hilfe zu erreichen sind.

Müller hat zahlreiche Lücken im Unterstützungssystem für Frauen gefunden: So hat das Sozialministerium laut eigener Aussage keinen Überblick über alle Interventionsstellen, die bei Familienkrisen frühzeitig helfen. „Interventionsstellen können dazu beitragen, Schlimmeres zu verhindern. Es wäre wünschenswert, in jedem Regierungsbezirk eine Interventionsstelle zu haben“, erklärt Müller. Weiteren Handlungsbedarf sieht die niederbayerische Abgeordnete in der Arbeit für Frauen mit Behinderung, die überdurchschnittlich oft Opfer häuslicher Gewalt werden und bei Frauen mit Migrationshintergrund, die wegen mangelnder Sprachkenntnisse keine Hilfe suchen können. Schließlich müssten Frauenhäuser auch stärker in die Vermittlung von Wohnraum einbezogen werden, so die Abgeordnete.